

23. Januar 2019

Postulat

von der Fraktion der Grünen und AL

Der Stadtrat wird aufgefordert im Rahmen der angekündigten Überprüfung der städtischen Alterspolitik das Konzept „Diversität“ in der Altersstrategie zu integrieren. Insbesondere soll er dafür garantieren, dass die Perspektive von (nationalen, Geschlechter- und sexuellen, etc.) Minderheiten und von Personen mit einer körperlichen, psychischen und/oder geistigen Behinderung bei der Situations- und Umfeldanalyse Eingang findet, so dass er entsprechende explizite strategische Handlungsfelder definieren kann.

Begründung:

Ende Oktober hat der Stadtrat mitgeteilt, dass er die städtische Alterspolitik überprüfen und folglich eine neue Altersstrategie mit künftigen Handlungsfeldern definieren möchte. Hierbei will er den Kontakt mit der Bevölkerung aufnehmen, da er davon ausgeht, dass „das Alter viele Gesichter hat“, welche in der Zukunft „noch vielseitiger werden“. Implizit wird damit suggeriert, dass im Gegensatz zur aktuellen Altersstrategie, welche die Vielfalt innerhalb moderner (alternder) Gesellschaften nur am Rand tangiert, die neue städtische alterspolitische Stossrichtung auf die Bevölkerungsdiversität Rücksicht nehmen wird.

Wie die Antwort des Stadtrats auf eine schriftliche Anfrage betreffend Betreuungsangebote für Personengruppen mit individuellen Lebensformen im Alter (GR 2018/346) zeigt, reicht die implizite Thematisierung von Diversität allerdings nicht. Denn obwohl der Stadtrat sich gegen jede Art von Diskriminierung bekennt, zeigen die Antworten, dass diese Maxime aktuell in den Alters- und Pflegezentren teils aus Unwissen (z. B. Verwechslung von Begrifflichkeiten), teils aus strukturellen Gründen (z. B. Unterrepräsentanz von Menschen mit Suchterkrankungen) und teils aus Mangel an kohärenten Strategien (z. B. Eröffnung und Schliessung der mediterranen Abtei) trotz manchen Bemühungen noch nicht durchwegs gelebt wird.

In diesem Sinne bedarf es, dass der Stadtrat die Antidiskriminierungsoptik in seinen alterspolitischen Analysen explizit einfließen lässt, damit die verschiedenen Dienstabteilungen kurz-, mittel- und langfristige integrative Haltungen und Handlungsfelder entwickeln können, welche der Einbezug der verschiedenen Minderheiten Realität werden lässt.